

Mainz, 29.04.2026

Antrag 0790/2026/1 zur Sitzung Stadtrat am 06.05.2026

gem. Antrag: Beratung rund um's Thema Wohnen einfacher finden – digital gebündelt, vor Ort erreichbar (DIE GRÜNEN, CDU, SPD)- neue Fassung

Mainz ist eine wachsende Stadt mit einem angespannten Wohnungsmarkt. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen wie beispielsweise der Stärkung der Mainzer Wohnbau, der Entwicklung neuer Wohnquartiere oder auch dem Angebot einer Wohnungstauschbörse soll der Druck auf dem Wohnungsmarkt gemildert werden.

Das Mietrecht, aber auch Anträge zur Unterstützung durch Sozialleistungen oder der Wohnraumförderung können schnell komplex werden und Bürgerinnen und Bürger vor zusätzliche Aufgaben stellen. Zwar verfügt die Landeshauptstadt Mainz bereits über ein breites Spektrum an guten Beratungs- und Unterstützungsangeboten, darunter auch die im Deutschen Mieterbund organisierten Mietervereine, die ebenfalls wichtige Unterstützung leisten, um Mietwucher vorzubeugen, doch die Sichtbarkeit und Zugänglichkeit dieser vielfältigen Leistungen können seitens der Verwaltung noch optimiert werden.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Stadtrat:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die vielfältigen Beratungsangebote zum Thema Wohnen zentral, intuitiv auffindbaren zu bündeln, zum Beispiel in einem Online-Portal. Die Strukturierung kann sich beispielsweise an Lebenslagen und konkreten Problemen orientieren (z. B. „Mietkostenhilfe“, „Wohnungssuche“, „Rechtliche Beratung“). Die Informationen sollen verständlich aufbereitet sein und möglichst perspektivisch mehrsprachig angeboten werden.
2. Neben digitalen Angeboten profitieren Mieterinnen und Mieter auch von guten und niedrigschwelligen Beratungsangeboten. Die bereits bestehende Erstberatung zum Thema Wohnen als analoges Angebot wird daher beibehalten. Sie dient dabei auch der Sicherstel-

lung der Teilhabe für Menschen ohne digitale Endgeräte oder mit geringer Digitalkompetenz.

3. Die Verwaltung soll die Inanspruchnahme der verschiedenen Beratungsleistungen zum Thema Wohnen regelmäßig auswerten. Über die Ergebnisse sowie daraus möglicherweise resultierende personelle oder finanzielle Bedarfe ist dem Fachausschuss Bericht zu erstatten.

Begründung:

erfolgt mündlich

Jonas König (DIE GRÜNEN)
Claudia Siebner (CDU)
Kathleen Herr (SPD)